



An den Vorsitzenden
des Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 28.05.2018

AN/0834/2018

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	28.05.2018

Änderungsantrag zu TOP 8.1 der Ratsgruppe BUNT - Wo und was sind Angsträume? – Köln startet Aktionen zur Identifizierung von Angsträumen in Köln

Sehr geehrter Herr Petelkau,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zu o.g. Antrag in der Sitzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales am 28.05.2018 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in enger Abstimmung mit den Bezirksvertretungen Veranstaltungsformate in den Bezirken zum Thema „Sicherheitsempfinden und Angsträume im Veedel“ zu entwickeln und durchzuführen. Hierdurch soll einerseits ein flächendeckender Überblick über Angsträume in Köln ermöglicht, aber auch den unterschiedlichen lokalen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung getragen werden.
2. Die „Sag ´s uns“-App wird um die Kategorie „Angstrraum melden“ ergänzt. Die Stadtverwaltung stellt durch geeignete Maßnahmen (z.B. Schulung der Mitarbeitenden im städtischen Call-Center) sicher, dass Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern zu Angsträumen und Unsicherheitsempfinden im öffentlichen Raum, die auf anderem Wege eingehen, zentral erfasst und weiterverarbeitet werden. Auf diese Möglichkeit ist durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit hinzuweisen.

3. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse entwickelt die Stadtverwaltung mit ihren Fachbereichen und gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren (z.B. Bezirksvertretungen, Polizei, Stadtwerkekonzern, Sozialraumkoordinatoren, freie Träger der Sozialarbeit, Kirchenverbänden, Seniorenvertretung Köln, Deutsche Bahn) im Rahmen einer interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe gesamtstädtische Maßnahmen, wie z.B. Beleuchtungskonzepte für Tunnel- und Unterführungsbauwerke, sowie einzelne Sofortmaßnahmen und Maßnahmenpakete mit örtlichem Bezug, z.B. stärkere Präsenz und gemeinsame Schwerpunktaktionen von Polizei und Ordnungsamt, Veranstaltungsreihen in Alten- und Pflegeheimen zum Thema „Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum“, und setzt diese nach Beteiligung der politischen Gremien auf Rats- und Bezirksvertretungsebene um.

Begründung:

Erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin